

Jens Hacke Existenzkrise der Demokratie

Zur politischen Theorie
des Liberalismus
in der Zwischenkriegszeit
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2250

In der Zeit zwischen den Weltkriegen geriet die Demokratie in die Krise. Kommunismus und Faschismus boten Modelle einer alternativen Moderne. Anders als der Niedergang des politischen Liberalismus vermuten lässt, gehören die damaligen intellektuellen Debatten über die Grundlagen der Demokratie zum essentiellen Bestand der politischen Theorie. Jens Hackses brillante ideengeschichtliche Studie führt vor Augen, wie seit den 1920er Jahren Ideen entwickelt wurden, die die Welt nach 1945 prägen sollten und im Lichte gegenwärtiger Krisenphänomene neue Aktualität beanspruchen: die Totalitarismustheorie, das Konzept der wehrhaften Demokratie und die Vorstellung von einem gezähmten Kapitalismus.

Jens Hacke lehrt als Privatdozent Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Für sein Buch *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit* erhielt er den Friedrich-Ebert-Preis 2017.

Jens Hacke
Existenzkrise der Demokratie

*Zur politischen Theorie des Liberalismus
in der Zwischenkriegszeit*

Suhrkamp

*In Erinnerung an
Detlef Ahlers (1940-2008)
und
Eberhard Pieper (1937-2015)*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2018

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2250

© Suhrkamp Verlag Berlin 2018

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29850-3

Inhalt

I. Einleitung: Zur Problematik liberaler politischer Theorie	7
II. Ausgangslagen: Konstellationen liberalen Denkens nach dem Ersten Weltkrieg	43
Libérale Suchbewegungen im Ersten Weltkrieg: Hugo Preuß, Leopold von Wiese und Max Weber	47
Startbedingungen für die Demokratie	69
Schwierigkeiten mit der liberalen Demokratie	77
Libérale Bürgerlichkeit und bürgerlicher Antiliberalismus	90
III. Der Feind von rechts: Auseinandersetzung mit dem Faschismus	126
Eine frühe liberale Deutung des Faschismus – Fritz Schotthöfer Moritz Julius Bonn:	140
Faschismus als Tyrannei der primitiven Demokratie	152
Rechtsliberale Sympathien für den Faschismus? Der Fall Erwin von Beckerath	163
Ludwig von Mises: Faschismus als Antimarxismus	167
Staatsrechtliche Perspektiven: Gerhard Leibholz und Hermann Heller	170
Liberales Denken und der Faschismus – eine Neubewertung	191
IV. Verteidigung der parlamentarischen Ordnung: Nachdenken über die »wehrhafte« Demokratie	203
Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens: Selbstgefährdungen der Demokratie	204
Parlamentarismus in der Weimarer Republik: Herausforderer und Verteidiger	209
Hans Kelsen als Theoretiker der Demokratie	218
Kelsens Verteidigung der parlamentarischen Regierungsform	226
Defizite und Gefährdungen der Demokratie	233
Karl Loewenstein: »Militant Democracy«	245
Moralische Aufrüstung der liberalen Demokratie	255
Liberales Lehren aus der Krise: Auf dem Weg zu einer robusten Demokratie?	272

V. Einhegung des Kapitalismus?	
Die liberale Reformdiskussion in der Zwischenkriegszeit und die Suche nach dritten Wegen	280
Strukturwandel im Verhältnis von Liberalismus und Kapitalismus	293
Probleme des deutschen Kapitalismus:	
Moritz Julius Bonns Defizitanalyse	308
Das amerikanische Vorbild	321
Politik und Ökonomie im Angesicht der Staatskrise	332
Genese des Ordoliberalismus	335
Totaler oder starker Staat?	
Carl Schmitt und der Ordoliberalismus	342
Auf der Suche nach Ordnung	355
Das Legitimationsproblem eines demokratischen Kapitalismus	360
Ausblicke und Neuansätze nach 1933	366
 Ernüchterung und Erneuerung – zum liberalen Denken im 20. Jahrhundert	 378
 Danksagung	 403
 Bibliographie	 405
Namenregister	451

I. Einleitung:

Zur Problematik liberaler politischer Theorie

Die Ideengeschichte des Liberalismus in Deutschland wird unübersichtlicher, je näher man an die Gegenwart heranrückt. Während der Liberalismus in der angelsächsischen Welt ganz selbstverständlich als konstitutiver Bestandteil einer lebendigen, mindestens aber zu pflegenden Ideentradition behandelt wird und über den politischen Parteien steht, ist seine Lage hierzulande wesentlich komplizierter.¹ In Deutschland bleibt die Anrufung des Liberalismus vor allem ein zeitdiagnostisches Phänomen: Entweder warnen die Verteidiger des Wohlfahrtsstaates vor den Exzessen eines neoliberalen Kapitalismus,² oder es exponieren sich angesichts der parteipolitischen Malaise des deutschen Liberalismus Intellektuelle, um für eine Aktualisierung liberaler Ideen zu werben. Das kann originell ausfallen wie bei Wolfgang Kerstings »Verteidigung des Liberalismus«, theoretisch reflektiert, aber unbeirrbar wirtschaftsliberal wie bei Rainer Hank, eher appellativ wie bei Ulrike Ackermann oder sozial engagiert wie bei Lisa Herzog.³

Es ist jedenfalls bezeichnend, dass sich die meisten Plädoyers für eine Stärkung des Liberalismus entweder auf die angelsächsische

1 Vgl. etwa Alan Bullock/Maurice Shock, »Englands liberale Tradition« (1966), in: Lothar Gall (Hg.), *Liberalismus*, Köln 1976, S. 254-282; Hans Vorländer, *Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776-1920*, Frankfurt/M. 1997, sowie klassisch: Louis Hartz, *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution. With an Introduction by Tom Wicker*, San Diego/New York/London 1991 (1955).

2 Vgl. z. B. Christoph Butterwege/Bettina Lösch/Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden 2007; Christoph Butterwege/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008. Zum weiten Komplex des Neoliberalismus, dessen Begriffsgeschichte hier nicht weiter aufgerollt werden soll, vgl. Thomas Biebricher, *Neoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2012.

3 Wolfgang Kersting, *Verteidigung des Liberalismus*, Hamburg 2009; Rainer Hank, *Links, wo das Herz schlägt. Inventur einer politischen Idee*, München 2015; Ulrike Ackermann, *Eros der Freiheit. Plädoyer für eine radikale Aufklärung*, Stuttgart 2008; Lisa Herzog, *Freiheit gehört nicht nur den Reichen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus*, München 2014.

Tradition von Smith bis Hayek beziehen oder aber präsentistisch ihre Argumente aus gegenwärtigen Konfliktlagen beziehen. Diese variierenden Zugänge zum Liberalismus verdeutlichen, dass es an übergreifenden ideengeschichtlichen Forschungen mangelt. Zwar herrscht weitgehender Konsens über die klassische Phase des liberalen Sonderwegs in Deutschland, aber die Ideengeschichte des Liberalismus von der Weimar Republik bis in die Gegenwart bleibt als ein Nachklapp im Ungewissen.

Die wesentliche Ursache für diese merkwürdige Geschichtslosigkeit des bundesrepublikanischen Liberalismus liegt in seiner politischen Schwäche. Der Liberalismus trägt an der Bürde des Gescheiterten, denn das lange vorherrschende Interpretament vom deutschen Sonderweg erklärte vor allem die mangelnde politische Liberalität innerhalb des deutschen Bürgertums sowie die Konzessionen des politischen Liberalismus an Bismarck und die preußischen Eliten zur Ursache der verzögerten und schwach ausgeprägten Parlamentarisierung. Ob man nun seit 1848 die Überforderung des Liberalismus betonte, Einheit und Freiheit gleichzeitig zu verwirklichen, oder einen realpolitisch grundierten Verrat an liberalen Prinzipien beklagte, die der Reichseinigung auf Kosten der Freiheit geopfert wurden – die Ideengeschichte des Liberalismus hat in Deutschland den »Weg in die Katastrophe« stets eindrucksvoll orchestriert.⁴ In dieser Beleuchtung war die Weimarer Republik der tragische Endpunkt einer Niedergangsgeschichte, die sich strukturell erklären ließ.

Dieter Langewiesche hat bereits vor einem Vierteljahrhundert betont, dass der Liberalismus, »verstanden als ein Geflecht aus politischen, sozialen und kulturellen Leitbildern und als organisierter Interessenverband, [...] in außerordentlich vielfältiger Weise die deutsche Gesellschaft und ihre Institutionen geprägt« habe.⁵ Allerdings hat es seit Langewiesches Studie zum »Liberalismus in Deutschland« auch keine weiteren Versuche gegeben, die Ideengeschichte des Liberalismus über Weimar hinaus zu verfolgen. Auch

4 Eine Summe dieser Sonderwegsdeutungen zieht Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte*, 2 Bde., München 2000. Eine pointierte geschichtsdidaktische Rechtfertigung gibt Hans-Ulrich Wehler, »Das Ende des deutschen ›Sonderwegs‹«, in: ders., *Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 84-89.

5 Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. II.

die begriffsgeschichtlichen Untersuchungen enden im Wesentlichen mit dem »langen 19. Jahrhundert«, um eine Aufhebung des Liberalismus als historisches Deutungsmuster zu diagnostizieren.⁶ Dieser Befund rekurriert auf die verstärkte Dysfunktionalität von maßgeblichen politischen Ideen, deren Substanz und Vokabular dem 18. und 19. Jahrhundert entstammen und die deswegen ihre Geltungskraft verloren haben. Allerdings ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Ideologien einen Bedeutungs- und Funktionswandel durchlaufen. Zwar gilt es, sich bewusst zu machen, dass politische Ideen »auf politische Situationen angewendet werden, die sich seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vollkommen geändert haben im Vergleich zu denjenigen, auf die sie eine Antwort geben sollten«.⁷ Man sollte es jedoch nicht dabei belassen, die Beziehungslosigkeit zwischen den politischen Ideen und der politischen Wirklichkeit zu beklagen, sondern die Aktualisierungsanstrengungen von Intellektuellen untersuchen, die das herkömmliche politische Vokabular auf neue soziale und institutionelle Wirklichkeiten beziehen. Denn die Erklärung, dass eine Idee oder Ideologie erschöpft und mit einer Epoche zu einem Ende gekommen sei, hat bislang selten zu ihrer faktischen Erledigung geführt.⁸

Es liegt in der Konsequenz dieser Deutungsunsicherheit, dass die eigentümliche Schwäche des deutschen Liberalismus stets für die ideenpolitischen und geistesgeschichtlichen Sonderwegsbegründungen erhalten musste, wohingegen das Fortleben des liberalen Denkens in Deutschland und seine Spuren aus der Weimar

6 Siehe etwa Rudolf Vierhaus, Art. »Liberalismus«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 741-785, sowie pronunciert: Jörn Leonhard, *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 567-569.

7 Jürgen von Kempster, »Philosophie der Politik« (1959), in: ders., *Recht und Politik. Studien zur Einheit der Sozialwissenschaft*, Frankfurt/M. 1992, S. 186-217, hier S. 189.

8 Dies auch gegen die originellen Thesen von Kondylis, dass mit dem politischen Bedeutungsverlust der Aristokratie zunächst das Ende des Konservatismus besiegelt sei und dann schließlich die massendemokratische Moderne dem Liberalismus ein Ende setze. Vgl. Panajotis Kondylis, *Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986; ders., *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, Weinheim 1991.

Zeit nach 1945 kaum thematisiert worden sind.⁹ Das Fehlen eines »hegemonialen Liberalismus« im Sinne einer die politische Kultur prägenden Kraft sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teile der deutschen Ideengeschichte des Liberalismus durchaus parallel und vergleichbar zu den westlichen Liberalismen verliefen. Wesentliche Elemente eines neuen demokratischen Liberalismus waren zumindest in Weimar Verfassungsnorm geworden, und die liberale Demokratie avancierte (keineswegs nur in negativer Weise) zum zentralen Bezugspunkt der zeitgenössischen Debatten.

Dilemma des Liberalismus in der Weimarer Republik

Die Ideengeschichte des deutschen Liberalismus ist mehr als die Rekonstruktion seines Scheiterns. Weder spricht die politische Schwäche gegen eine Idee, noch lässt sich der Liberalismus auf bestimmte Parteien und Trägergruppen reduzieren. Die »Selbstpreisgabe der Demokratie«, die »Auflösung des deutschen Bürgertums«, der »Extremismus der Mitte« – mit diesen thesenhaften Zuspitzungen ist die Erosion der liberalen Demokratie in Deutschland beschrieben worden. Dabei ist die Gewichtung der Faktoren, die dazu führten, dass die Weimarer Republik zum explodierenden Laboratorium in den Krisenjahren der klassischen Moderne wurde,¹⁰ ebenso komplex wie umstritten. Die »Verschränkung von wirtschaftlicher Systemkrise und politischer Legitimationskrise« (Peukert) wurde von einer kulturellen, sich gesamtgesellschaftlich auswirkenden Modernisierungskrise massiv verstärkt.¹¹ Doch einerlei, wohin man den Blick richtet: auf die Talfahrt der Ökonomie, den überforderten Sozialstaat, die fragmentierte Gesellschaft, die Feinde der Republik

9 Dass der Bezug auf Weimar in der Bundesrepublik überwiegend negativ war, arbeitet auf breiter Quellenbasis heraus: Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2009. – Zu den ideellen Kontinuitätslinien Weimars vgl. auch die Beiträge in Christoph Gusy (Hg.), *Weimars lange Schatten – Weimar als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003; Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011.

10 Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987.

11 Ebenda, S. 243.

links und rechts oder die außenpolitische Lage – stets landet man beim Liberalismus.

Die Geburt der Weimarer Republik als Verwirklichung liberal-demokratischer Verfassungsziele schien sich just in dem Moment zu vollziehen, als die bürgerliche Epoche an ein Ende gelangt war und die Massenmobilisierung des Antiliberalismus unter demokratischen Bedingungen ungeahnte Kräfte entfaltete.¹² Die erstmalige politisch-institutionelle Durchsetzung der liberalen Demokratie mündete in ihre sofortige – auch in den Augen der zeitgenössischen Betrachter – europaweite Existenzkrise. Dass die Gründung der Republik nicht *ex nihilo*, sondern mit Vorbelastungen erfolgte und von »Basiskompromissen« gekennzeichnet war, hat die Forschung immer wieder hervorgehoben. Nicht zuletzt galt die historische und politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit lange Zeit den vermeintlichen Konstruktionsfehlern der Verfassung, dem Problem einer »stehengebliebenen« Revolution oder der allzu pfleglichen Behandlung alter Eliten in Wirtschaft, Militär und Verwaltung. All diese Phänomene sind bekanntlich häufig als Geburtsmängel oder richtungsweisende Weichenstellungen diskutiert worden, wobei die Vorstellung von einer fatalen Pfadabhängigkeit deterministischen Deutungsmustern günstige Bedingungen bot.¹³

Die Frage nach der Verantwortung des politischen Liberalismus für den Untergang der Weimarer Republik ist häufig gestellt worden, und wer die Geschichte als Weltgericht begreift, vermag

12 Zu diesem Paradox auch Gangolf Hübinger, »Liberalismus und Protestantismus im Deutschen Kaiserreich«, in: Richard Faber (Hg.), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2000, S. 115-129, hier S. 126.

13 Die Konjunkturen der Weimar-Forschung können an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden. Im Anschluss an Arthur Rosenberg (*Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik* [1928/1935], Frankfurt/M. 1955) hat sich vor allem die Sozialgeschichte seit den 1970er Jahren mit den »verpassten« revolutionären Möglichkeiten bzw. »dritten Wegen« beschäftigt und die Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik kritisch ausgeleuchtet. Siehe Eberhard Kolb (Hg.), *Vom Kaiserreich zur Republik*, Köln 1972; Reinhard Rürup, »Demokratische Revolution und ›dritter Weg‹. Die deutsche Revolution 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 278-301; Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Bonn 1984; Ulrich Kluge, *Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch*, Frankfurt/M. 1985.

eine ganze Anzahl von vermeintlichen Fehlern und Versäumnissen oder auch den Verrat an eigenen Prinzipien erkennen. Das Sündenregister des (zumeist als Entität begriffenen) Liberalismus ist lang: die innere Distanz zur »Massendemokratie«, eine elitäre Politikkonzeption, die (vergebliche) Ausrichtung auf die politische Führerpersönlichkeit, das fehlende Verständnis für die Sozialpolitik als Mittel demokratischer Integration, das Festhalten am Primat nationaler Machtpolitik, die Preisgabe des Parlamentarismus etc.¹⁴ Sogar der vermeintlich naive demokratische Idealismus, der von einem geeinten Europa träumte und meinte, dass die Lehre aus dem Ersten Weltkrieg nur in einer den Nationalismus überwindenden Friedenspolitik liegen könne, ist wegen seiner Weltfremdheit gescholten worden. Die Behauptungen, dass die Schwäche des Liberalismus die Gegner der Republik stark gemacht habe oder dass der Liberalismus durch die Angriffe auf die parlamentarische Demokratie seine Standfestigkeit verloren habe, bieten nur verschiedene Variationen desselben Gedankens, um den rapiden Legitimationsverlust der Weimarer Republik zu erklären.

Die Rolle des politischen Liberalismus, seine Verantwortung und sein Verfall sind zentral für jede Beschäftigung mit Weimar und den europäischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit insgesamt. Wenn es auch stets schwierig ist, aus der Perspektive der Ideengeschichte Zäsuren zu setzen, so können im Blick auf Deutschland und Westeuropa die intellektuellen Orientierungsversuche zwischen den Weltkriegen in einem Zusammenhang betrachtet werden. Dies liegt nicht im Widerspruch zu den wichtigen

14 Als kompakte Problemanalysen für den politischen Liberalismus, d.h. für den Niedergang der Parteien DDP/DStP und DVP seien lediglich genannt: Jürgen C. Heß, »Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933«, in: Karl Holl (Hg.), *Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation*, Göttingen 1978, S. 46-88; ders., »Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik«, in: Hans Vorländer, *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 91-116; Lothar Albertin, »Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs«, in: ebenda, S. 57-89; ders., »Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar«, in: Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hg.), *Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik*, München 1997, S. 59-111; Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 233-286.

geschichtswissenschaftlichen Werken der letzten Jahre, welche das Zeitalter der Weltkriege 1914-1945/49 im Zusammenhang betrachten.¹⁵ Die Erfahrung der später von George Kennan so apostrophierten »Urkatastrophe« 1914-1918 und das Bewusstsein, in eine neue Epoche eingetreten zu sein, die sich von der bürgerlich geprägten europäischen Welt vor 1914 deutlich unterschied, eröffneten neue Räume des politischen Denkens. Die Monstrosität kriegerischer Gewalt und die Absurdität der opferreichen Materialschlachten im Grabenkrieg ließen zumindest liberale Intellektuelle davon ausgehen, dass eine derartige Abkehr von zivilisatorischen Normen die Lektion lehrte, den Frieden als höchstes Gut zu bewahren. Aus dieser Perspektive gilt für Geistes- und Sozialwissenschaft einerseits sicherlich im Großen und Ganzen der Befund einer »Kriegsverdrängung« (Knöbl/Joas).¹⁶ Andererseits: Wer unter Problemdruck eine politische Nachkriegsordnung entwirft, dem fehlt die Zeit für die sozialtheoretische Aufarbeitung von Krieg und Gewalt. Sehr früh sahen sich aber die intellektuellen Fürsprecher der liberalen Demokratie mit dem Problem konfrontiert, dass die Gewalt – auch als sozialpsychologische Folge des Krieges – in die politischen und ideologischen Kämpfe innerhalb des Staatswesens einwanderte.

Zweifellos wäre es erstrebenswert, eine vergleichende Ideengeschichte des westeuropäischen Liberalismus zu konzipieren, doch eine solche Aufgabe ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Sicherlich hatte die von zeitgenössischen Beobachtern diagnostizierte internationale Krise des Liberalismus in vielerlei Hinsicht verwandte strukturelle Ursachen, und es wäre reizvoll, den Diskurszusammenhang liberaler Intellektueller zu rekonstruieren und ihre Problemwahrnehmung auf Gemeinsamkeiten hin zu prüfen. Dies gestaltet sich aber umso problematischer, sobald man die unterschiedlichen Ausgangslagen, die spezifischen nationalen Traditionen und die Ungleichzeitigkeit verschiedener Krisenmomente in Rechnung stellt, die in Großbritannien, Frankreich, Spanien oder

15 Siehe etwa Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*, München 2011; Enzo Traverso, *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945*, Berlin 2008; Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914-1945*, München 2011; Ian Kershaw, *To Hell and Back. Europe 1914-1949*, London 2015.

16 Wolfgang Knöbl/Hans Joas, *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt/M. 2008, S. 212 ff.

Italien zu registrieren sind. Die Divergenzen werden bereits auf der Ebene des parteipolitischen Liberalismus sichtbar. Während sich in Frankreich dem Selbstverständnis und dem Namen nach gar keine liberale Partei fand, erfuhr in England die liberale Partei aufgrund des Mehrheitswahlrechts zwar einen massiven Bedeutungsverlust, der Liberalismus in der politischen Kultur verschwand aber natürlich keineswegs. Dass im faschistischen Italien die liberale Opposition marginalisiert und schließlich unterdrückt wird, in Spanien wiederum die kurze Zeit der Republik einem parteipolitischen Liberalismus kaum Entfaltungsmöglichkeiten bot, verkompliziert einen Vergleich zusätzlich. Berücksichtigt man die Eigenschaft liberaler Intellektueller, vor allem anlass- und problembezogen auf die politische Praxis zu reflektieren, so wird die Komplexität deutlich, die Pluralität der Liberalismen national und international angemessen darzustellen sowie ihre Netzwerke und diskursiven Kontexte zu untersuchen. Daher ist es kaum verwunderlich, dass bisherige Studien sich entweder auf repräsentative Denker beschränken oder selektiv Ähnlichkeiten und Unterschiede benennen.¹⁷

Legt man einen weiteren Begriff des Liberalismus zugrunde, der verschiedene Strömungen liberalen Denkens berücksichtigt und die Parteinahme für die Weimarer Demokratie als liberale Positionsbestimmung eingemeindet, ergeben sich auch für die deutsche Diskurslandschaft neue Verbindungslinien, die uns helfen, die konstruktiven Aspekte der Debatte um die Demokratie wahrzunehmen. Die liberale Reflexion war umfassender, flexibler und problemsensibler als bisher bekannt; sie registrierte die Gefährdungen der Demokratie relativ früh und fand durchaus Anschluss an europäische Entwicklungen. Nicht umsonst blieben viele exilierte Liberale nach 1933 in den wichtigen politiktheoretischen Debatten einflussreich.

17 Dies unternehmen auf unterschiedliche Art die politiktheoretische Studie von Richard Bellamy, *Liberalism and Modern Society. A Historical Argument*, Pennsylvania 1992, sowie die Überblicksdarstellungen von Edmund Fawcett, *Liberalism. The Life of an Idea*, Princeton 2014, S. 198-283, und Klaus von Beyme, *Liberalismus. Theorien des Liberalismus und Radikalismus im Zeitalter der Ideologien 1789-1945*, Wiesbaden 2013, S. 225-317.

Neue Perspektiven

Da es sich bei der Zeit nach 1918 historiographisch um die am besten und am detailliertesten erforschte Epoche der deutschen Geschichte handeln dürfte,¹⁸ wäre es vermessen, mit einer ideengeschichtlichen Studie zum Liberalismus in der Zwischenkriegszeit neue Antworten auf die klassische Frage zu finden, warum Weimar und andere »Lebensversuche moderner Demokratien« (T. Müller) scheiterten.¹⁹ Es kann auch nicht das Ziel sein, die Gewichte für die Verantwortung am Untergang der Republik neu zu verteilen. Lohend erscheint es stattdessen, einen unbefangeneren Blick auf die intellektuellen Bemühungen um die Stabilisierung der Demokratie zu werfen und neuere Ansätze weiterzuverfolgen, die den Fluchtpunkt des Jahres 1933 nicht zum alles dominierenden Kriterium machen.

In der Geschichtswissenschaft hat sich in den vergangenen Jahren die Tendenz durchgesetzt, die Weimarer Republik nicht nur im Hinblick auf das Ende zu betrachten, sondern neben allen Belastungsfaktoren für die Demokratie auch ein Sensorium für die Potentiale und Chancen dieses Staates und seiner Gesellschaft zu entwickeln, also die Offenheit und die Kontingenz historischer Entwicklung stärker zu berücksichtigen.²⁰ Das Erkenntnisinter-

18 Es genügt, auf die klassischen Gesamtdarstellungen der jüngeren Zeit zu verweisen: Peukert, *Die Weimarer Republik*; Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1994, 2. Aufl.; Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, München 1989; Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1994; Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008; Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2008, 2. Aufl.

19 Als wichtigste Studie zum Ende Weimars siehe immer noch Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie*, Düsseldorf 1978, Nachdruck der 5. Aufl. 1971, sowie weiterhin Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934*, Frankfurt/M. 1986; Dirk Blasius, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933*, Frankfurt/M. 2008. – Siehe zudem Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014.

20 Dies forderte bereits frühzeitig in einem mittlerweile klassischen Aufsatz ein: Thomas Nipperdey, »1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte« (1978), in: ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte*, München 1990, S. 225-248.

esse hat sich dementsprechend von den Kausalerklärungen und vom Verstehen politischer und sozialer Entwicklungsverläufe auf die Analyse von Strukturbedingungen der Moderne verlagert. Die Zwischenkriegszeit und in ihr die Weimarer Republik werden dabei in ihrer Krisenhaftigkeit mehr und mehr als konstitutive Epoche einer pluralistischen, demokratischen und nicht zuletzt liberalen Welt, wie wir sie heute kennen, begriffen.

Eine ähnliche Tendenz lässt sich für die ideengeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung zur Zwischenkriegszeit diagnostizieren. Während es früher darum ging, die Verbreitung und Virulenz des antidemokratischen und antiliberalen Denkens kenntlich zu machen sowie die Chancenlosigkeit der verfassungstreuen republikanischen Minderheit unter den intellektuellen Eliten herauszustellen,²¹ beginnt man sich in letzter Zeit stärker für die Substanz der politiktheoretischen Vorstellungen der Weimarer Debatte zu interessieren. Schon lange gilt die von dem Historiker Klaus Epstein 1963 geäußerte Befürchtung nicht mehr, dass für eine Abhandlung »über das demokratische Denken (und die demokratische Haltung) der Freunde der Weimarer Republik« womöglich »ein kleiner Aufsatz genügen würde.«²² Auch Kurt Sontheimer hatte in seiner Pionierstudie zum antidemokratischen Denken, auf die sich Epstein bezog, noch resigniert konstatiert, dass »im geistigen Konzert der Republik [...] die kräftig intonierten Zwischentöne [fehlten]« und es »nur einige wenige große Vertreter einer kämpferischen Mitte« gab.²³ Zwar hatte er in seiner Arbeit bereits auf die Schwierigkeit verwiesen, die Grenze zwischen antidemokratischer und republikanisch-konstruktiver Parlamentarismuskritik präzise zu bestimmen. Aber seine Dichotomie demokratisch/antidemokra-

21 Vgl. Christian Graf von Krockow, *Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger* (zuerst 1958), Frankfurt/M. 1990; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933* (zuerst 1962), München 1994, 4. Aufl.; Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland* (zuerst 1963), München 1986; Fritz Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine* (zuerst 1969), München 1987.

22 Klaus Epstein, *Vom Kaiserreich zum Dritten Reich. Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1973, S. 213.

23 Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, S. 309 f.

tisch wurde in den von Christoph Gusy und anderen angestoßenen Forschungen grundsätzlich beibehalten.²⁴

Neuere Ansätze konzentrierten sich darauf, das Potential des demokratischen Denkens in seiner Vielfalt, zuvörderst im Blick auf die Staatsrechtslehre, neu zu entdecken und sich dabei auch vom engeren Demokratiebegriff des Kalten Krieges zu lösen. Schon Michael Stolleis hat in seiner *Geschichte des öffentlichen Rechts* auf den geistigen Rang der damaligen Auseinandersetzungen hingewiesen: »Nie wieder sind seither der politische Charakter des Staatsrechts, der Ausnahmezustand, der Prozeß staatlicher Integration, die Funktionsvoraussetzungen der Demokratie und der Wissenschaftscharakter der Rechtswissenschaft mit solcher intellektuellen Energie und sachlichen Leidenschaft diskutiert worden.« Stolleis konstatiert zu Recht, dass »noch die Staatslehre der Bundesrepublik [...] jahrzehntelang von diesen Texten zehren und die eigenen Positionen in Zustimmung oder Widerspruch mit ihnen ausbilden [sollte]«. ²⁵ Diese Wirkung ist eben auch der Offenheit einer Debatte zu verdanken, die in der Krise der Demokratie keine Denkverbote kannte und sich noch nicht auf einen Konsensbegriff der liberalen Demokratie zurückziehen konnte. Dies hat ebenfalls Christoph Möllers betont, der im Anschluss an Detlev Peukert dafür plädiert, die Weimarer Staatstheorie nicht auf das Scheitern der Republik zu reduzieren, sondern als »Laboratorium einer demokratisch-rechtsstaatlichen Demokratietheorie« zu verstehen, deren »brauchbare Beiträge« sich nicht auf – nach heutigem Maßstab – demokratische Autoren beschränkten. ²⁶

Trotz dieser Diversifizierung verschiedener Demokratiebegriffe jenseits der repräsentativen parlamentarischen Regierungsform ließ der Anschluss an Sontheimers Gegensatzpaar demokratisches versus antidemokratisches Denken die Frage nach dem Ort dieser Demokratievorstellungen innerhalb des liberalen Denkens erst einmal offen. Dabei erhärtet sich der Eindruck, dass das immer breiter werdende Forschungsfeld zur Geschichte der Demokratie

24 Siehe vor allem den ertragreichen Sammelband: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000.

25 Michael Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, München 2002, S. 414.

26 Christoph Möllers, *Der vermisste Leviathan. Staatstheorie in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 2008, S. 26.

sich weitgehend von einer Ideengeschichte des Liberalismus entkoppelt hat.²⁷ Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die liberale Demokratie nur eine Option unter anderen war und sich viele Liberale selbst schwertaten, die moderne egalitäre »Massendemokratie« zu akzeptieren. Darüber hinaus scheint die Erforschung des Liberalismus und des liberalen Denkens, die auch immer mit der Bürgertumsforschung verbunden war, mit dem Abschied vom Sonderwegstheorem an Bedeutung eingebüßt zu haben. Sie wirkte spätestens nach den großen historischen Forschungsprojekten der 1990er Jahre gewissermaßen abgeschlossen.²⁸

Die Ideen-, Gesellschafts- und Institutionengeschichte der Demokratie in ihren epochalen Wandlungsprozessen besitzt dagegen den Vorzug, dass ihr Gegenstand konkret als Genese eines politischen Legitimations- und Ordnungsmodells beschreibbar ist. Das Ringen um Stabilität und die Normalität einer demokratischen Kultur angesichts vielfältiger Belastungsproben prägte dieses »Zeitalter der Extreme«, dessen Geschichte sich im Wesentlichen als Überlebenskampf der Demokratie erzählen lässt.²⁹

Diese Dichotomie von Demokratie und Diktatur bzw. die für

27 Vgl. etwa Wilfried Nippel, *Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit*, Frankfurt/M. 2008; John Keane, *The Life and Death of Democracy*, London 2009; Jan-Werner Müller, *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven/London 2011; Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012; Pierre Rosanvallon, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013. – Dass an die Zwischenkriegszeit insbesondere während der Diskurshegemonie konsensliberaler Vorstellungen im Kalten Krieg ganz selbstverständlich der Maßstab der »freiheitlichen Demokratie« angelegt wurde, belegt die weiterhin eindrucksvolle Studie von Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 121–252.

28 Lothar Gall (Hg.), *Liberalismus*, Köln 1976; ders., *Bürgertum in Deutschland*, Berlin 1989; ders. (Hg.), *Bürgertum und bürgerliche liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, Sonderheft 17)*, München 1997. Vgl. als Überblick zu den diversen Projekten aus dem Bielefelder Kontext: Peter Lundgreen (Hg.), *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997)*, Göttingen 2000; Thomas Mergel, »Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2001), S. 515–538.

29 Siehe etwa Christoph Gusy (Hg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008; Tim B. Müller/Adam Tooze (Hg.): *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015.

manche Intellektuelle zwingend erscheinende Entscheidung zwischen sozialistisch-republikanischer und faschistischer Parteinahme etwa zu Zeiten des Spanischen Bürgerkrieges marginalisierte den Liberalismus in den 1930er Jahren. Die Behauptung des Historikers und Ex-Trotzkisten Enzo Traverso, dass sich in den 1930er Jahren »das politische Engagement der liberalen Intellektuellen [...] nur noch innerhalb der antifaschistischen Bewegung entfalten« konnte, spiegelt in gewisser Weise eine gängige Auffassung über die Wirkungslosigkeit des Liberalismus in dieser Phase wider.³⁰ Doch auch wenn damit die Optionen des praktischen politischen Engagements in der schwersten Krise der liberalen Demokratie zutreffend beschrieben sein mögen, verkennt eine solche Sichtweise die Zuständigkeit der Intellektuellen für Reflexion und Kritik. Es drängt sich der Eindruck auf, als ob der »Verrat der Intellektuellen« – »La trahison des clercs« (J. Benda) –, d. h. ihre aktivistische politische Parteinahme gegen die liberale Vernunft und im Bewusstsein, an einer existentiellen Auseinandersetzung teilzuhaben, vor dem Hintergrund eines ideologischen Bürgerkrieges, der sich an nicht immer klaren Fronten zwischen Bolschewismus, Faschismus und Demokratie abspielte, weiterhin eine besondere Faszination auf die Ideen- und Intellektuellengeschichte ausübt.³¹

Es wäre aber unangemessen, aus dem situationsbedingten Tiefstand der politischen Wirksamkeit des Liberalismus auf seine politiktheoretische Irrelevanz bzw. auf die mangelnde Qualität seiner politischen Reflexion zu schließen. Resonanz allein ist kein Kriterium für die Originalität, die Vernünftigkeit oder Praktikabilität einer politischen Idee. Es ist relativ leicht, Belege dafür zu finden, dass wegweisende politiktheoretische Einsichten und Innovationen gerade in Zeiten des Übergangs, der Unsicherheit, Krise und Bedrohung zutage gefördert wurden, als politische Denker marginalisiert und zunächst einmal ohne Einfluss auf die praktische Politik waren. Das gilt für Machiavelli oder Hobbes ebenso wie für Tocqueville oder Marx. Darum darf auch mit Blick auf den Liberalismus an den Umstand erinnert werden, dass Krisenzeiten neue

30 Traverso, *Im Bann der Gewalt*, S. 301.

31 Vgl. Julien Benda, *Der Verrat der Intellektuellen* (1927), Frankfurt/M. 1988. Zu Bendas Verteidigung intellektueller Vernunft gegen die leidenschaftliche intellektuelle Parteinahme für das Irrationale siehe Michel Winock, *Das Jahrhundert der Intellektuellen*, Konstanz 2007, 2. Aufl., S. 248-257.